

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus,**  
**Kreisentwicklung und Finanzen am 04.09.2017 im Sitzungssaal des Kreisamtes**  
**Jever, Lindenallee 1**

---

**Beginn:** 15:05 Uhr

**Ende:** 15:45 Uhr

**Teilnehmer/innen:**

Vorsitzender

Pauluschke, Bernd

Mitglieder

Homfeldt, Axel

Janßen, Dieter

Kühne, Lars

Recksiedler, Raimund

Zerth, Stephan

Zillmer, Dirk

stellv. Mitglieder

Gburreck, Fred

Onnen-Lübben, Reinhard

Vertretung für Frau Dörthe Kujath

Vertretung für Herrn Gerhard Ratzel

beratende Mitglieder (GM)

Chmielewski, Iko

Angehörige der Verwaltung

Brinkmann, Ute

Graalfs, Rainer

Janßen, Reent

Karmires, Nicola

Vogelbusch, Silke

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit sowie Genehmigung der Tagesordnung**

Vorsitzender Pauluschke stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest (9 stimmberechtigte Mitglieder, 1 beratendes Mitglied).. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2017**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 3 Einwohnerfragestunde**

Außer den Vertretern der Presse sind keine anderen Bürger anwesend. Es werden keine Fragen gestellt.

## **TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung**

### **TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:**

#### **TOP 4.1.1 Bahnumfahrung Sande; Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90 Die Grünen/FDP Vorlage: 0227/2017**

Sachverhalt:

Im Zuge der zweigleisigen Bahnanbindung des JadeWeser Ports wird auch die (eingleisige) Strecke vom Bahnhof Sande in den Hafen ausgebaut. Teil des Ausbaus ist die Umfahrung der Ortschaft Sande. Die neu zu bauende Bahntrasse wird nördlich an Sande vorbeigeführt.

Die Finanzierung der Bahnverlegung Sande ist durch die am 07.08.2012 unterzeichnete „Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung“ zwischen Landkreis, Gemeinde und DB Netz AG geregelt. Daneben sind über die sog. Kreuzungsvereinbarungen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz Bund und Land ebenfalls maßgeblich in die Finanzierung der seinerzeit mit 51,2 Mio. Euro geschätzten Maßnahme einbezogen.

Vorausgegangen war ein langer und zäher Verhandlungsprozess über die Aufteilung der Kosten, der letztlich in der 2012 abgeschlossenen, für Landkreis und Gemeinde recht vorteilhaften Vereinbarung mündeten, mit dem Ergebnis, dass Landkreis und Gemeinde einen Festbetrag zu zahlen haben und sich an künftigen Kostensteigerungen nicht beteiligen werden.

Allerdings musste als Zugeständnis eingegangen werden, dass sich Landkreis und Gemeinde mit einem nennenswerten Festbetrag von 1,16 Mio. Euro (1 Mio. Euro Baukostenbeteiligung; 16 Tsd. Euro Planungskostenbeteiligung) an der Maßnahme beteiligen, der zur Hälfte von Landkreis und Gemeinde aufzubringen ist (je 580.000 Euro).

Kostensituation:

Die von kommunaler Seite aufzubringenden Beträge stellen sich daher wie folgt dar:

Gemeinde Sande:

Kosten Aufhebung Bahnübergang Bulsterdeich (dafür „GVFG“-Förderung 75%) =290.200 Euro	
Zuschuss zur Maßnahme (s.o.)	<u>580.000 Euro</u>
Gesamt:	870.200 Euro
Eigenanteil unter Berücksichtigung „GVFG“-Förderung:	652.500 Euro

Landkreis Friesland:

Kosten Aufhebung Bahnübergänge Buschhausen (K312) und Hauptstraße Sande (K 294) (förderfähig nach „GVFG“ zu 75%) brutto:	4.926.900 Euro
Zuschuss zur Maßnahme (s.o.)	<u>580.000 Euro</u>
Gesamt:	5.506.900 Euro
Eigenanteil unter Berücksichtigung „GVFG“-Förderung:	1.811.700 Euro

Antrag (siehe Anlage):

Die Gruppe SPD/Bündnis 90 Die Grünen/FDP im Kreistag stellt den Antrag, dass der Landkreis Friesland darauf hinwirken möge, dass der gemeindliche Anteil an den Kosten für die Bahnumfahrung vom Bund oder vom Land Niedersachsen übernommen wird, da die Haushaltslage der Gemeinde Sande derzeit eine Finanzierung dieser Größenordnung nicht zulasse. Auch eine Heranziehung der Stadt Wilhelmshaven als der eigentlichen Nutznießerin dieser Maßnahme sollte angestrebt werden. Sollte beides nicht realisierbar sein, bittet die Gruppe den Landkreis Friesland, den Gemeindeanteil zu übernehmen.

Die Verwaltung schlägt vor,

- a) jetzt mit Bund, Land und Stadt Wilhelmshaven zu verhandeln und - je nach Ausgang -
- b) den Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 weiter zu diskutieren.

---

KTA Homfeldt legt dar, dass die CDU den Antrag kritisch sieht. In 2012 ist mit der Gemeinde Sande ein Vertrag über eine Beteiligung an einer Finanzierung abgeschlossen worden. Die Gemeinde Sande hatte von 2012 bis 2017 Zeit, die Mittel bereitzustellen; sie hat sich in den vergangenen fünf Jahren aber darauf nicht vorbereitet. Die CDU lehnt den Antrag ab. Außerdem sieht Herr Homfeldt den Vorteil der Bahnstreckenertüchtigung und den Nutzen der Bahnumfahrung Sande ausschließlich bei der Gemeinde Sande und der Stadt Wilhelmshaven.

Frau Vogelbusch führt dazu aus, dass ein Festbetrag mit den damaligen Verhandlungspartnern ausgehandelt worden ist. Die Verwaltung möchte aufgrund des von der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen/FDP neu eingebrachten Antrages eine Freigabe erhalten, dass Nachverhandlungen mit Bund, Land und Stadt Wilhelms-

haven erfolgen können. Dies erfolgt auch vor dem Hintergrund, dass sich die Ansprechpartner verändert haben. Zugleich könnte auch in den noch anstehenden nächsten Haushaltsberatungen über die Höhe gesprochen werden.

KTA Pauluschke weist darauf hin, dass die finanzielle Notlage in der Gemeinde Sande nicht durch Misswirtschaft entstanden ist.

KTA Chmielewski legt dar, dass die Bahnumgehung eine Folge des Aufbaues des JadeWeserPorts ist. Der Bund und das Land haben den Hafen geplant, ohne die Hinterlandanbindung mit zu beplanen. Er rechnet noch mit häufigeren Bitten um Kostenübernahmen von den Kommunen an den Landkreis zu Bahnanbindungsproblemen, die derzeit noch gar nicht erkennbar sind. Im Gegensatz zu KTA Homfeldt sieht Herr Chmielewski es nicht allein als ein Problem von Sande oder Wilhelmshaven an. Es ist ein überregionales Problem, welches durch eine nicht vollständig erfolgte Planung von Bund und Land ausgelöst wurde.

KTA Janßen sieht den zweigleisigen Bahnstreckenausbau als notwendig an. Auch nach seiner Auffassung handelt es sich um eine Angelegenheit der Region und nicht allein der Gemeinde Sande.

KTA Onnen-Lübben erklärt, dass es bei diesem TOP erst einmal darum geht, die Verwaltung zu ermächtigen, Nachverhandlungen führen zu können.

KTA Zillmer weist darauf hin, dass hier Präzedenzfälle geschaffen werden.

KTA Chmielewski erklärt, dass es Präzedenzfälle bereits gebe.

Frau Vogelbusch führt weiter aus, dass das Mittelfristige Entwicklungsziel Nr. 3 „Standortqualität sichern und ausbauen“ sowie der Handlungsschwerpunkt Nr. 3.3 „Vorantreiben des Ausbaues der Schieneninfrastruktur – insbesondere Bahnverlegung Sande, Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke WHV-OL“ seinerzeit einstimmig vom Kreistag verabschiedet wurden. Beide Punkte sind hier angesprochen.

KTA Kühne beantragt eine Änderung des Beschlussvorschlages: Punkt b) „Je nach Ausgang der Verhandlungen ist der Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 weiter zu diskutieren“ soll entfallen..

Vorsitzender Pauluschke lässt über den Antrag und damit über den entsprechend gekürzten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden ....

#### **Beschlussvorschlag in Abänderung des Vorschlages der Verwaltung:**

Die Verwaltung wird mit Bund, Land und Stadt Wilhelmshaven über eine Kostenübernahme des Gemeindeanteils in Höhe von 580.000 Euro verhandeln.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmige Zustimmung bei 4 Enthaltungen

Ja:	5
Nein:	
Enthaltung:	4

**TOP 4.1.2 Antrag des Zweckverbandes Schloss- und Heimatmuseum Jever auf Gewährung eines Liquiditätskredits in Höhe von 140.000 Euro  
Vorlage: 0228/2017**

Für die Projekte „Erinnerungsorte in Friesland“ (Volumen: 233.000 Euro) und „Neue Medien – Altes Schloss“ (Volumen: 63.000 Euro) des Zweckverbandes Schloss- und Heimatmuseum Jever erwartet der Zweckverband Zuschüsse der LEADER-Regionen „Nordseemarschen“ und „Südliches Friesland“ in Höhe von insgesamt 140.000 Euro. Da diese Fördermittel nach den Förderbestimmungen erst nach Beendigung der Projekte ausgezahlt werden, muss das Schlossmuseum hier in Vorleistung treten.

Als Zweckverband hat das Schlossmuseum keine eigene Liquidität, weshalb es auf Kassenverstärkungsmittel angewiesen ist. Das Schlossmuseum bittet darum, dass der Landkreis Friesland, der derzeit über ausreichende liquide Mittel verfügt, einen entsprechenden Liquiditätskredit zur Verfügung stellen möge, wie dies in den vergangenen 10 Jahren bereits zweimal praktiziert worden ist. Der Kredit würde marktüblich verzinst.

- - -

Erste Kreisrätin Vogelbusch ergänzt, dass es sich um einen kurzfristigen Liquiditätskredit handelt. Das Museum hat bereits eine Zusage über Fördermittel erhalten; bis zur Auszahlung der zugesagten Gelder dauert es noch etwas. Hieraus entstand die fehlende Liquidität.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und fasst nachstehenden

**Beschlussvorschlag:**

Dem Zweckverband Schloss- und Heimatmuseum Jever wird ein Liquiditätskredit aus Kreismitteln in Höhe von 140.000 Euro gewährt. Der Kredit kann jederzeit, auch in Teilbeträgen, zurückgezahlt werden. Er ist marktüblich zu verzinsen. Spätester Rückzahlungstermin ist der 31.12.2018.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 4.1.3 Zuschuss zu den Baukosten eines stationären Hospizes in Varel  
Vorlage: 0213/2017**

Im Mai 2016 wandte sich die ‚Hospizbewegung Varel e.V.‘ an den Landkreis Friesland und beantragte eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 90.000,-- Euro, verteilt auf zwei Jahre, zu den Gesamtkosten von rund 2 Millionen Euro zum Bau eines stationären Hospizes auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Varel.

Die ‚Hospizbewegung Varel e.V.‘, die ‚mission:lebenshaus gGmbH‘ und die Stadt Varel gründeten im Laufe des Jahres 2016 gemeinsam die ‚Haus der Hospiz- und Palliativarbeit „Am Jadebusen“ gGmbH‘. Die ‚mission:lebenshaus gGmbH‘ betreibt bereits Hospize in Jever und Falkenburg sowie das Kinderhospiz in Wilhelmshaven, und wird für den stationären Bereich in Varel verantwortlich sein.

Das Ziel der ‚Haus der Hospiz- und Palliativarbeit ‚Am Jadebusen‘ gGmbH‘ ist die Förderung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativarbeit, damit verbunden die Finanzierung und der Bau eines Hospizgebäudes, die Bereitstellung für stationäre und ambulante Angebote in der Hospiz- und Palliativarbeit sowie die Beratung von unheilbar erkrankten Menschen, die Beschaffung von Mitteln für die Förderung dieser Zwecke sowie die Förderung von Bildung und Erziehung in der Hospiz- und Palliativarbeit.

In der Folge betreibt daher nunmehr die ‚Haus der Hospiz- und Palliativarbeit ‚Am Jadebusen‘ gGmbH‘ die Finanzierungs- und Bauplanung des stationären Hospizes in Varel. Die Kosten für das Projekt werden gemäß anliegendem Kapitalbedarfsplan rd. 2,4 Millionen Euro betragen, die Hälfte davon soll durch Fördermittel und Spenden aufgebracht, die andere Hälfte soll finanziert werden.

Nach erfolgten Gesprächen über die Finanzierung und Fördermöglichkeiten im weiteren Verlauf des Jahres 2016 zwischen Gesellschaft und dem Landkreis Friesland wurden Förderbeträge in Höhe von je 45.000,-- Euro für 2017 und 2018 zu den Beratungen für den Haushalt 2017 in die Planung eingebracht und veranschlagt.

Für den Bau des Hospizes gibt es derzeit noch eine Finanzierungslücke in Höhe von rd. 95.000,-- Euro. Der Landkreis Wesermarsch hat beschlossen, für den Bau des Hospizes einen Betrag von 150.000,-- Euro zur Verfügung zu stellen.

Per Mail vom 02.08.2017 hat die Gruppenvorsitzende der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen-FDP, Frau Ulrike Schlieper, aufgrund der großen Bedeutung für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, insbesondere des südlichen Kreisgebietes des Landkreises Friesland, beantragt, den Zuschuss von 2 x 45.000,-- Euro auf 2x 75.000,-- Euro, also auf insgesamt 150.000,-- Euro zu erhöhen.

- - -

Frau Vogelbusch führt aus, dass zunächst 45.000 € ausgezahlt werden sollen. Die restliche Summe müsste über den Haushaltsplan 2018 mit eingeplant werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und beschließt wie folgt:

### **Beschlussvorschlag**

Der Zuschuss zu den Baukosten eines stationären Hospizes in Varel von bisher 2 x 45.000,-- Euro in 2017 und 2018 wird auf nunmehr 2 x 75.000,-- Euro in 2017 und 2018 (insgesamt somit 150.000,-- Euro) erhöht. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018 ist eine Beordnung vorzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

Ja:	8
Nein:	
Enthaltung:	1

**TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:**

Keine.

**TOP 5 Berichte aus anderen Gremien**

Keine.

**TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

gez. Bernd Pauluschke  
Vorsitzender

gez. Silke Vogelbusch  
Erste Kreisrätin

gez. Ute Brinkmann  
Protokollführerin